SONDERNUMMER.

Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 186. 31. Dezember

3. Jahrgang 1923

Adresse für alle Sendungen: Wien, VIII., Postamt 64, Schließfach 29.
Telegrammadresse: Wien, Inprekorr.

INHALT:

An die amerikanischen Kommunisten. Von Sinowjew 1571

Resolution des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der KP. Rußlands über den Parteiaufbau 1572

Die Beschlüsse des 11. Parteitages der Kommunistischen Partei Polens 1575

An die amerikanischen Kommunisten.*)

Von G. Sinowjew.

** Das Erscheinen einer englischen kommunistischen Tageszeitung in Amerika ist ein großes Ereignis nicht nur für die amerikanische Arbeiterbewegung, sondern auch für die ganze Kommunistische Internationale. Und besonders, weil dem Erscheinen dieser Zeitung eine ernste und langwierige Arbeit der amerikanischen Kommunisten unter den Massen, die Sammlung von Geldmitteln unter den Arbeitern, eine lange Agitation in den Gewerkschaften usw. vorausging. Die amerikanischen Arbeiter, deren Geist während langer Jahre durch die Gompers und Hilquitt beherrscht wurde, beginnen jetzt zu erwachen und sich um die junge amerikanische Kommunistische Partei zu scharen; die zur Herausgabe einer großen Tageszeitung notwendigen Geldmittel durch Sammlungen unter der Arbeiterschaft aufzubringen, ist keine leichte Arbeit. Die amerikanischen Genossen haben mit zäher Energie und mit Erfolg diese Aufgabe erfüllt. Unsere besten Glückwünsche zu diesem ersten Erfolg.

Wir erinnern uns noch lebhaft daran, wie wir vor zehn bis elf Jahren unter der Führung des Genossen Lenin eine ähnliche Arbeit in Rußland begannen, wie die Vorhut der russischen Arbeiter die zur Herausgabe der ersten bolschewistischen Tageszeitung, der Petersburger „Prawda", erforderlichen Geldmittel kopekenweise zusammenlegte, wie Genosse Lenin seine ganze Seele in dieses Werk legte, wie er persönlich jene Arbeitergruppen zusammenzählte, die auf den Aufruf der Bolschewiki geantwortet und ihr Scherflein zur ersten kommunistischen Tageszeitung beigetragen haben. Es war ein großes Werk, es war eine wirkliche Vorbereitung des Sieges unserer Revolution. Von diesem Gesichtspunkt müssen auch die amerikanischen Arbeiter ihr Werk betrachten.

Die Arbeiterbewegung in Amerika ist verhältnismäßig sehr jung, der amerikanische Kapitalismus ist der stärkste der ganzen Welt.

„Wir wissen, daß Euere Hilfe, amerikanische Arbeitergenossen, erst später kommen wird, und zwar nicht bald, da die Entwicklung der Revolution in den verschiedenen Ländern in verschiedenen Formen und mit verschiedener Geschwindigkeit vor sich geht (und es ist auch nicht anders möglich)."

So schrieb Genosse Lenin an die amerikanischen Arbeiter in seinem bekannten Briefe vom 20. August 1918. Seitdem sind jedoch fünf Jahre verflossen. Im Jahre 1918 standen die amerikanischen Kommunisten noch vereinzelt in der Arbeiterklasse Amerikas da. Jetzt ist das schon nicht mehr der Fall. Durch angestrengte Arbeit gelang es dem besten Teil der amerikanischen Revolutionäre, unter den breiten Arbeitermassen Amerikas einen ernsten Einfluß für den Kommunismus zu gewinnen. Besonders schwierig waren die ersten Erfolge. Die weiteren Schritte werden zweifelsohne leichter sein.

Es ist ganz natürlich, daß die amerikanischen Kommunisten ihre Tätigkeit vor allem auf die Arbeiterklasse, auf die Arbeitergewerkschaften konzentrieren. Nur von hier aus kann die Arbeit der revolutionären Aufklärung und Zusammenfassung des amerikanischen Proletariats unter der Fahne des Kommunismus begonnen werden. Die Erfolge, die die amerikanischen Kommunisten in der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung bisher errungen haben (Zusammenfassung des linken Flügels), dürfen keinesfalls unterschätzt werden. Aber noch wichtiger ist es, daß die amerikanischen Kommunisten unter den Ersten waren, die die Frage der Arbeit unter der Bauernschaft (kleine Farmer) zu stellen und dem Ziele näher zu bringen wußten. Diese Tatsache beweist am besten die große Lebensfähigkeit des amerikanischen Kommunismus.

Ihr dürft darüber nicht hinwegsehen, daß die Tradition des Verhaltens der Sozialdemokratie zur Bauernschaft in einigen Sektionen der Kommunistischen Internationale noch stark nachwirkt. Die Kommunistische Internationale ist im Schoße der II. Internationale geboren. Es ist nichts Verwunderliches daran, daß einzelne kommunistische Parteien den sozialdemokratischen Traditionen noch immer einen reichlichen Tribut zahlen, und zwar besonders in der Bauernfrage. Die sozialdemokratischen Parteien der II. Internationalen waren selbst in ihren besten Zeiten wesentlich nichts anderes, als bloße Zunftparteien, die sich nicht den wirklichen Sturz der kapitalistischen Herrschaft zur Aufgabe gestellt haben, sondern sich nur auf den Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse innerhalb des kapitalisti-

*) Auf Wunsch der amerikanischen Genossen schrieb Genosse Sinowjew obenstehenden Artikel für die am 1. Januar 1924 erscheinende erste Nummer der neuen englischen kommunistischen Zeitung in Amerika: „Daily Worker".

Die Redaktion.

schen Systems beschränkten. Und diese menschewistische Zunfttradition wirkt sich heute vor allem in der Behandlung der Bauernfrage aus.

Vor kurzem hatten wir Gelegenheit, mit einigen hervorragenden Funktionären der kommunistischen Bewegung Rumäniens zu sprechen. Die rumänischen Genossen haben die Mehrheit der Gewerkschaften erobert, und das ist ihnen hoch anzurechnen. Ihr Verdienst muß besonders hoch eingeschätzt werden, wenn wir bedenken, daß sie ihre Arbeit unter einem Hagel von Repressalien seitens der vereinigten Gutsbesitzer, Kapitalisten und gelben Sozialdemokraten leisten mußten. Dutzende rumänischer Kommunisten sind erschossen worden oder werden in rumänischen Kerkern gefoltert, viele erhielten lebenslängliche Zuchthausstrafen. Die Mehrheit der Gewerkschaften unter solchen Verhältnissen zu erobern, ist ein großes Verdienst. Aber bei der Unterredung mit denselben rumänischen Genossen stellte es sich mit voller Klarheit heraus, daß sich unsere Genossen über die Aufgaben der revolutionären Arbeit unter der Bauernschaft noch nicht im klaren sind. Dazu noch in einem solchen Lande wie Rumänien, wo die Mehrzahl der Bevölkerung aus Bauern besteht.

Ähnliches kann auch oft in anderen Parteien beobachtet werden. An die Arbeit unter den Arbeitern in den Gewerkschaften haben wir uns schon gewöhnt, hier fühlen wir uns wie zu Hause. Aber die Arbeit unter der Bauernschaft wird bei uns allzusehr vernachlässigt. Das ist auch in Ländern mit überwiegender Bauernbevölkerung, zum Beispiel in Italien, der Fall. Hauptsächlich dadurch wurden seinerzeit die Fehler der bulgarischen Kommunisten verursacht. Daran versündigte sich auch von Zeit zu Zeit die KP. Deutschlands.

Die unlängst in Moskau abgehaltene erste internationale Bauernkonferenz hat ein viel größeres Echo gefunden, als jeder von uns zu hoffen wagte, besonders in Deutschland (wo die allgemeine Lage am revolutionärsten ist), und wie wir hören, auch in Amerika. Schon heute ist es ganz klar, daß diese erste internationale Bauernkonferenz von großer Bedeutung sein und daß die zu ihrer Einberufung aufgebrachte Arbeit sich hundertfach belohnen wird.

Wer der kommunistischen Partei helfen will, keine Zunftorganisation zu sein, die nur die eng begrifflichen „Klassen"-Interessen des Proletariats verteidigt, sondern zur Partei der proletarischen Revolution, des sozialistischen Umsturzes, der Hegemonie des Proletariats zu werden, der muß nach der Schaffung einer Arbeiterpartei seine Aufmerksamkeit auch der Eroberung der Bauernschaft zuwenden.

In dieser Beziehung haben die amerikanischen Kommunisten zum erstenmal neue Wege betreten. Die amerikanischen Kommunisten schufen eine Arbeiter- und Farmerpartei, ohne ihre kommunistische proletarische Partei als selbständige Organisation aufzugeben. Nicht immer und nicht überall ist gerade diese Form die geeignetste. Aber die diesbezügliche amerikanische Erfahrung verdient ernstes Studium und ernste Aufmerksamkeit seitens der ganzen internationalen kommunistischen Bewegung.

Die Unterschätzung der Rolle der Bauernschaft ist die größte, die Ursache des internationalen Menschewismus. Das Wesen des Bolschewismus besteht eben darin, daß ihm die Diktatur des Proletariats zu Fleisch und Blut geworden ist, daß er die Hegemonie des Proletariats in der Revolution zu verwirklichen begann, und er sucht gerade darum einen Verbündeten in der besitzlosen Bauernschaft. (In Amerika den kleinen Farmer, der, wenn wir eine richtige Taktik befolgen, dem Proletariat helfen wird, seine historische Mission zu erfüllen.)

Die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten zwischen den russischen Bolschewiki und Menschewiki führten letzten Endes ebenfalls zur Bauernfrage zurück. Die Menschewiki verstanden und verstehen die Rolle der Bauernschaft noch immer nicht. Selbst die sehr „linken" Menschewiki im Jahre 1905, die sich einbildeten, daß sie mehr links stehen als die Bolschewiki, standen der revolutionären Bedeutung der Bauernbewegung vollkommen verständnislos gegenüber und führten in Wirklichkeit eine opportunistische Sprache. Fast alle Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei der russischen Bolschewiki hatten eigentlich denselben Grund: ein (sehr kleiner) Teil der Genossen unterschätzte und unterschätzt die Rolle der Bauernschaft und versteht jene tief revolutionäre und dabei tief realistische Fragestellung über die Bauernschaft nicht, die der Bolschewismus, durch den Genossen Lenin, schon vor zwanzig Jahren diesem Problem gab.

Mögen die amerikanischen Genossen mit einer noch größeren Energie daran arbeiten, um vor allen Dingen das Herz der amerikanischen Proletarier zu gewinnen, die amerikanische Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften aus der tödlichen Umarmung der Gompers und anderer Agenten des Kapitals zu entreißen. Aber die fortschrittlichen amerikanischen Arbeiter mögen gleichzeitig auch bestrebt sein, die kleinen Farmer für die Sache der Arbeiter zu gewinnen. Sobald sich die erste Gelegenheit bieten wird, müssen die amerikanischen Genossen eine besondere kommunistische Massenzeitung herausgeben, die mit einem Leserkreis von mehreren Hunderttausenden von kleinen Farmern rechnet. Ihr habt einer Arbeiter- und Farmerpartei zum Entstehen verholfen; Euere Erfahrungen wird jeder denkende Kommunist in Europa und in der ganzen Welt mit Aufmerksamkeit verfolgen. Jeder Euerer Erfolge erfüllt uns alle mit Stolz.

„Wir wissen, daß die europäische proletarische Revolution vielleicht noch nicht in den nächsten Wochen aufflammen wird, wie schnell sie auch in der letzten Zeit heranreift. Wir setzen unsere Hoffnung auf die Unvermeidlichkeit der Weltrevolution, aber das bedeutet keineswegs, daß wir so dumm sind, unsere Hoffnung darauf zu setzen, daß die Revolution in einer bestimmten kurzen Frist zum Ausbruch gelangt. Wir sahen in unserem Lande zwei große Revolutionen, 1905 und 1917, und wissen, daß Revolutionen weder auf Bestellung noch auf Vereinbarung gemacht werden können. Trotzdem wissen wir es genau, daß wir unbesiegbar sind... unbesiegbar ist ja die proletarische Weltrevolution."

So schrieb Euch Genosse Lenin in dem obenerwähnten Briefe. Ihr werdet, Genossen, mit mir darin zweifelsohne einer Meinung sein, daß diese Worte unseres Lehrers auch heute noch volle Geltung haben.

Resolution des Zentralkomitees und der Zentralen Kontrollkommission der KP. Rußlands über den Parteiaufbau.

Gegenwärtig wird in der Russischen Partei, sowohl in den Organisationen als auch in der breiten Öffentlichkeit ein Meinungsstreit über Organisationsfragen der Partei ausgefochten. Die nachfolgenden Thesen wurden in einer gemeinsamen Sitzung des Politischen Büros des ZK. und der zentralen Kontrollkommission der Partei einstimmig angenommen. D. R.

1. Die Partei während der neuen Wirtschaftspolitik.

a) Die neue Wirtschaftspolitik, die dem Wachsen der Produktivkräfte einen starken Anstoß gab, hat sich als eine notwendige Etappe auf dem Wege des langen Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus bewährt. Sie trug zum Aufschwung der gesamten Volkswirtschaft bei, sie förderte die Entwicklung der Bauernwirtschaft, der Staatsindustrie, des staatlichen Handels und des Genossenschaftswesens. Wir sehen eine stufenweise Erhöhung des Arbeitslohnes, die Rückkehr der qualifizierten Proletarier in die Stadt, die Hebung des Kulturniveaus unter den breiten Proletariermassen und insbesondere das Entstehen neuer Kader einer aus dem Proletariat und aus der Bauernschaft hervorgehenden Intelligenz, dank der systematischen Ausbildung von Arbeitern und Bauern in den höchsten Lehranstalten.

b) Schon der XII. Parteitag, der eine bedeutende Belebung des Wirtschaftslebens des Landes feststellte, wies zugleich auf die Notwendigkeit hin, den Wert jeder Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung vom Gesichtspunkte des sozialistischen Aufbaues zu prüfen. Die Diktatur des Proletariats, die sich nicht befestigen und entwickeln hätte können ohne das Wachsen des materiellen Wohlstandes des Landes, hätte sich auch nicht halten können, wenn dieser zunehmende Wohlstand das Übergewicht

des Privatkapitals über das Staatskapital mit sich gebracht hätte. Die außerordentlichen Schwierigkeiten, die die Wirtschaft des Landes heute durchmacht, finden vor allen Dingen darin Ausdruck, daß die Erzeugnisse unserer Staatsindustrie keinen genügenden Absatz finden können. Wenn der Absatz während des letzten Jahres auf immer größere und größere Schwierigkeiten stieß, so findet diese Tatsache ihre Erklärung zum großen Teil in dem außerordentlich hohen Produktionsselbstkostenpreis der Waren, in den außerordentlich hohen kaufmännischen Betriebsunkosten und dazu noch in den unzulässigen Methoden der Berechnung der Preiszuschläge für den Verbraucher. Diesen Schwierigkeiten liegt zugrunde: das Mißverhältnis und die mangelhafte Koordinierung zwischen den verschiedenen Elementen der Staatswirtschaft und dem Markte, die unrationelle oder ungenügend rationelle Leitung der Industrie- und Handelsunternehmungen, dann insbesondere der Umstand, daß unsere noch immer bureaukratischen Handels- und Genossenschaftsunternehmungen nicht verstehen, den Weg zum Bauernmarkt auszubauen.

Die zentrale Aufgabe bleibt, wie bisher, der Zusammenschluß der Staatsindustrie mit der Bauernwirtschaft, das heißt in erster Linie die Herstellung eines richtigen Verhältnisses zwischen der Produktion unserer Staatsindustrie einerseits und den Bedürfnissen und dem Umfang unseres hauptsächlich bäuerlichen Marktes andererseits. Aber diese Aufgabe kann nur in dem Maße gelöst werden, in dem die richtige und systematische Koordinierung verschiedener Faktoren und Elemente der Staatswirtschaft gesichert wird.

Aus all dem muß die ganze Partei die Schlußfolgerung ziehen, daß eine weitere wirtschaftliche Belebung, die in der mehr oder weniger nahen Zukunft die jetzige Krise ablösen wird, nur insoweit der Sache des sozialistischen Aufbaues dienen wird, insoferne wir wirklich lernen werden, die Elemente der Staatswirtschaft sowohl in ihrer ständigen Wechselwirkung als auch mit dem Markte in Einklang zu bringen.

Das ist der Grund der außerordentlichen Wichtigkeit der staatlichen Planwirtschaftskommission — des wirtschaftlichen Stabes des sozialistischen Staates — und aller Planwirtschaftsorganisationen in der Provinz. Es muß diesen Institutionen unbedingt jene Stelle gesichert werden, die ihnen die Resolution des XII. Parteitages zugewiesen hat. Die in der letzten Zeit im Interesse der Preisherabsetzung der Fabrikate und des Getreideexports getroffenen Maßnahmen führten bereits zu einer gewissen Belebung des Handelsumsatzes und zur Erhöhung der Getreidepreise. Der Kampf gegen die Hauptursachen der Absatzkrise fordert jedoch von der Partei eine komplizierte und systematische Arbeit an der Durchführung der vom XII. Parteitag beschlossenen Maßregel bezüglich der Konzentration der Industrie, der richtigen Organisierung des Industrie- und Handelsapparates, der Hebung der Landwirtschaft, der Erhöhung ihres technischen Niveaus und ihrer Befähigung zur Konkurrenz auf dem Weltmarkt, eventuell mittels Erhöhung des landwirtschaftlichen Kredits usw. Diese Aufgaben stehen jetzt in ihrer ganzen Größe vor der Partei und fordern unaufschiebbare Lösung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Partei einmütig die wirkliche Lösung dieser Aufgaben in Angriff nehmen wird.

c) Die objektiven Widersprüche in dem gegenwärtigen Stadium der Übergangsperiode, die im gleichzeitigen Bestehen der verschiedensten Wirtschaftsformen, in dem Vorhandensein von Marktverhältnissen und darin ihren Ursprung haben, daß die Staatsbehörden bei der praktischen Arbeit kapitalistische Methoden anzuwenden gezwungen sind und sich dabei auf verschiedene dem Proletariat noch fremd gegenüberstehende ausübende Organe stützen müssen — diese objektiven Widersprüche treten in einer ganzen Reihe von negativen Tendenzen zutage. Der Kampf gegen diese Tendenzen muß auf die Tagesordnung gesetzt werden. Zu diesen Tendenzen gehören: die materiellen großen Unterschiede der Parteimitglieder bei den verschiedenen Funktionen, die sie bekleiden (die sogenannten „Extravaganzen"), das Wachsen der Beziehungen zu den bürgerlichen Elementen und deren ideologischem Einfluß; die bureaukratische Verengerung des Gesichtskreises, die man von der notwendigen Spezialisierung gut unterscheiden muß, und die dadurch entstandene Vernachlässigung der Beziehungen zwischen den in verschiedenen Arbeitszweigen beschäftigten Kommunisten; die Gefahr des Verlorengehens der Perspektive des sozialistischen Aufbaues und der Weltrevolution; die bereits durch den Parteitag erkannte Gefahr der Entartung eines Teiles der Funktionäre, die bei Ausübung ihres Berufes infolge der NEP. mit den bürgerlichen Kreisen in engste Berührung kommen; die merkliche Bureaukratisierung des Parteiapparates und die daraus entspringende Loslösung der Partei von den Massen.

2. Die Partei und die werktätigen Massen.

Das Vertrauen der proletarischen Massen zu der Partei hat zugenommen. Das kommt bei den Sowjetwahlen, in der Zersetzung der Menschewiki- und SR.-Partei und im Entstehen eines Kaders von parteilosen Arbeitern, die die Partei aktiv unterstützen, zum Ausdruck. Gleichzeitig werden die aktiven kommunistischen Arbeiter, die naturgemäß das Verbindungsglied zwischen der Partei und den parteilosen Massen bilden sollten, fast vollkommen in der administrativen und wirtschaftlichen Arbeit aufgehen und sich dadurch, unvermeidlicherweise, von der Produktion loslösen. Die Hauptaufgabe ist daher die Werbung neuer Parteimitglieder unter den im Betriebe stehenden Arbeitern. Die Aufgabe der Parteiorganisationen besteht darin, gerade dieser Kategorie von Funktionären besondere Aufmerksamkeit zu widmen und alles mögliche zu tun, um sie von der Arbeit in der Produktion nicht zu isolieren, ihnen behilflich zu sein, ihr Kulturniveau zu heben und es ihnen in jeder Weise zu erleichtern, sich an allen Parteiangelegenheiten tatsächlich beteiligen zu können. Die Vergrößerung des proletarischen Kerns der Partei muß während der nächsten Monate eine der wichtigsten Aufgaben aller Parteiorganisationen sein. Organisationen, die bereits in dieser Richtung ihre Tätigkeit entfaltet haben, müssen durch alle industriellen Organe unserer Partei unterstützt werden. Die Partei muß den Zustrom der Industriearbeiter zu den Parteiorganisationen und die Aufnahme der aus der Industriearbeiterschaft hervorgehenden Kandidaten als Parteimitglieder erleichtern. Der Arbeit unter der heranwachsenden proletarischen Jugend muß ebenfalls gesteigerte Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Unter der Bauernschaft, wo die proletarischen und halbproletarischen Schichten der landwirtschaftlichen Arbeiter wieder im Anwachsen sind, muß der qualitative Bestand der Dorfzellen in jeder möglichen Weise gebessert, ihre Arbeit in das Geleise der kulturellen und politischen Tätigkeit gelenkt werden; insbesondere muß die Arbeit auf dem Gebiete der Verbreitung von agronomischen Kenntnissen, auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens, der Organisation des landwirtschaftlichen Kredits usw. gesteigert werden. Dabei ist eine allgemeine Unterstützung der Dorfarmut (besonders der Ausbau der Komitees der armen Bauern in der Ukraine) und die Heranziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter sowohl in unsere Parteiorganisation wie auch in den Verband der Land- und Forstarbeiter notwendig.

Unter der Intelligenz ist ein allgemeiner Umschwung zugunsten der Sowjetmacht zu vermerken. Dieser Umschwung ist außer durch die allgemein bekannten Gründe auch durch die Besserung der Lage der Intelligenz bei uns (bei gleichzeitiger Verelendung der Mittelschichten in Deutschland) zu erklären. Besonders wichtig ist der Stimmungsumschwung der Dorflehrerschaft und des agronomischen Personals, die zu Hauptverbindungsgliedern zwischen Stadt und Dorf werden können. Der Stimmungsumschwung breiter Schichten der Intelligenz zugunsten der Sowjetmacht, der eine äußerst positive Erscheinung ist, kann jedoch auch negative Folgen haben, da er die Gefahr der ideologischen Einkreisung der Kommunisten erhöht. Der Kampf um die ideologische Reinheit der Partei gegen kleinbürgerliche Verdunkelungstendenzen und gegen die Tendenzen der „Smena Wech" ist daher gleichfalls eine der aktuellen Aufgaben der Partei.

3. Die Partei und die Arbeiterdemokratie.

Die negativen Erscheinungen der letzten Monate sowohl im Leben der gesamten Arbeiterklasse wie auch innerhalb der Partei führen notwendigerweise zu der Schlußfolgerung, daß sowohl im Interesse des erfolgreichen Kampfes der Partei gegen die Einflüsse der neuen Wirtschaftspolitik wie auch im Interesse der Steigerung ihrer Kampffähigkeit auf allen Arbeitsgebieten ein ernster Wechsel des Parteikurses erforderlich ist, und zwar in der Richtung der wirklichen und systematischen Durchführung der Prinzipien der Arbeiterdemokratie. Von diesem Standpunkte ging die gemeinsame erweiterte Sitzung des Zentralkomitees und der zentralen Kontrollkommission im Oktober aus, als sie folgenden Beschluß faßte:

„Die erweiterte Sitzung des ZK. und der ZKK. billigt vollkommen den durch das Politische Bureau rechtzeitig eingeschlagenen Kurs der innerparteilichen Demokratie und auch die

vom Politischen Büro vorgeschlagene Steigerung des Kampfes gegen die „Extravaganzen" (mit dem Wort Extravaganzen wird in der russischen Partei eine für Mitglieder einer revolutionären proletarischen Partei ungeziemende Lebensweise, Anschaffung von Luxusgegenständen usw. bezeichnet. Die Red.) und gegen den zersetzenden Einfluß der neuen Wirtschaftspolitik auf einzelne Elemente der Partei."

Die Arbeiterdemokratie bedeutet das Recht aller Parteimitglieder auf öffentliche Besprechung der wichtigsten Fragen des Parteilebens, die Diskussionsfreiheit über diese Fragen, ferner die Wählbarkeit der führenden Funktionäre und Kollegien von unten hinauf. Keineswegs aber setzt die Arbeiterdemokratie die Freiheit der Fraktionsgruppierungen voraus, die für eine herrschende Partei äußerst gefährlich sind, da sie immer mit der Gefahr der Spaltung oder Zersplitterung der Regierung und des ganzen Staatsapparates drohen.

Es ist selbstverständlich, daß innerhalb einer Partei, die ein freiwilliger Zusammenschluß von Personen auf einer bestimmten ideellen und praktischen Grundlage darstellt, keine Gruppierungen geduldet werden können, deren ideeller Inhalt sich gegen die Partei im ganzen und gegen die Diktatur des Proletariats richtet, wie zum Beispiel die „Rabotschaja Prawda" (Arbeiterwahrheit) und die „Rabotschaja Gruppa" (Arbeitergruppe).

Nur ein ständiges lebhaftes geistiges Leben kann die Partei als die Partei erhalten, die sie vor und während der Revolution war, mit einem ständigen kritischen Studium ihrer Vergangenheit, der Korrigierung ihrer Fehler und der kollektiven Beurteilung der wichtigsten Fragen. Und nur diese Arbeitsmethoden können die Verwandlung der episodenhaften Meinungsverschiedenheiten in Fraktionsgruppierungen mit allen ihren oben erwähnten Folgen wirksam verhüten.

Um Fraktionsgruppierungen vorzubeugen, ist es erforderlich, daß die führenden Parteiorgane für die Stimme der breiten Parteimassen Verständnis haben, nicht jede Kritik als Zeichen des Fraktionsgeistes betrachten, und dadurch die wohlgesinnten und disziplinierten Parteigenossen veranlassen, sich abseits zu halten oder Fraktionen zu bilden.

Die Partei darf keinesfalls als eine Behörde oder Instanz, sie darf aber auch nicht als Diskussionsklub für allerlei Richtungen betrachtet werden. Der X. Parteitag legte die Prinzipien der Arbeiterdemokratie fest, aber derselbe und auch der XI. und XII. Parteitag haben auch verschiedene Beschränkungen für die Anwendung der Prinzipien der Arbeiterdemokratie beschlossen: das Verbot der Fraktionsbildung (vergleiche die Resolution des X. Parteitages „Über die Einheit der Partei" und die entsprechende Resolution des XI. Parteitages); die Parteisäuberung; beschränkte Aufnahme nichtproletarischer Elemente in die Partei; Festsetzung einer gewissen Mitgliedschaftsdauer für die Bekleidung gewisser Kategorien von Parteifunktionen; die Bestätigung der Sekretäre durch die nächsthöhere Parteiinstanz (vergleiche Parteistatuten). Obwohl unter der neuen Wirtschaftspolitik die Beibehaltung gewisser Einschränkungen auch in der Zukunft für notwendig erscheint, ist es zugleich erforderlich, daß die Zweckmäßigkeit einiger dieser Einschränkungen auf Grund der bereits vorhandenen Erfahrungen, besonders in den unteren Organisationen, einer Revision unterzogen wird, so zum Beispiel das Recht der Bestätigung der Sekretäre durch die nächsthöhere Instanz. Unter keinen Umständen darf es zugelassen werden, daß das Recht der Bestätigung der Sekretäre in Wirklichkeit auf deren Ernennung hinausläuft.

4. Die nächsten Maßnahmen zur Durchführung der Arbeiterdemokratie.

Im Interesse des Kampfes gegen die falsche Anwendung der Richtlinien der Partei, zum Zwecke der tatsächlichen Durchführung der Arbeiterdemokratie, und damit für die ganze Masse der Mitglieder die Möglichkeit der Ausübung eines systematischen Einflusses auf die Richtung der gesamten Parteipolitik gesichert werde, müssen in erster Linie folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

a) Es ist auf die strenge Durchführung der Wählbarkeit der Funktionäre mit den oben erwähnten Einschränkungen zu achten; unzulässig ist eine Ernennung dieser Personen gegen den Willen der Organisation; besonders aufmerksam muß darauf geachtet werden, daß das Prinzip der Wählbarkeit der Zellensekretäre durchgeführt werde.

b) Alle wesentlichen Fragen der Parteipolitik müssen – insoweit es durch außerordentliche Verhältnisse nicht verhindert wird, den Parteizellen und der gesamten Parteimasse zur Beratung vorgelegt werden; das Netz der Diskussionsklubs der Partei ist zu erweitern; es darf nicht vorkommen, daß man sich in unrichtiger Weise auf die „Parteidisziplin" beruft, wenn es sich den Parteimitgliedern um das Recht und die Pflicht der Beratung der sie interessierenden Fragen und der Beschlußfassung handelt.

c) Es ist unbedingt dafür zu sorgen, daß neue Funktionäre besonders aus Arbeiterschichten herangezogen werden.

d) Mit besonderer Aufmerksamkeit ist darauf zu achten, daß jener Kern von Genossen, der mit der Masse der Parteimitglieder in Berührung steht, sich die richtige parteipolitische Linie zu eigen macht.

e) In der Praxis ist die obligatorische Rechenschaftslegung der Parteiorgane vor der Körperschaft, von der sie gewählt wurden, und vor der breiten Masse der Parteimitglieder durchzuführen.

f) Die Erziehungsarbeit der Partei ist unter der gesamten Parteimitgliedschaft, besonders aber unter der Jugend und den Frauen zu steigern; zu vermeiden ist dabei jede instanzenmäßige Aufmachung.

g) Zu sorgen ist für den Austausch der Erfahrungen der Funktionäre verschiedener Arbeitszweige; sowohl beim ZK. wie auch bei den Provinzial-, Gouvernements- und Bezirkskomitees müssen unbedingt gemeinsame Konferenzen der verantwortlichen Funktionäre aller Arbeitszweige veranstaltet werden.

h) Die Information der Parteimitglieder mittels Presse und durch Reisen der Mitglieder des Zentralkomitees, der zentralen Kontrollkommission, der Provinzial- und Gouvernementskomitees, der Kollegiumsmitglieder, der Volkskommissariate usw. ist weiter auszugestalten.

i) Die Rubriken über das Parteileben in der periodischen Presse müssen mehr ausgenützt werden.

k) Auf dem nächsten Parteitag ist ein Antrag für die halbjährige Einberufung der Gouvernements- und Landesparteikonferenzen einzubringen.

Um die Durchführung aller oben erwähnten Maßnahmen zur Verwirklichung der Arbeiterdemokratie zu gewährleisten, muß von den Worten zur Tat geschritten werden, indem die unteren Parteizellen, die Bezirks-, Rayons- und Gouvernementsparteikonferenzen aufgefordert werden, bei den ordentlichen Wahlen den Parteiapparat von unten herauf systematisch zu erneuern und auf die verantwortlichen Posten solche Funktionäre zu stellen, die die innerparteiliche Demokratie in Wirklichkeit zu sichern fähig sind.

5. Über die Kontrollkommissionen.

a) Es wurde der Partei die wichtigste Aufgabe bereits bei der Verbesserung des Staatsapparates zugewiesen. Diese Arbeit erfordert eine lange Zeit, um wirkliche und merkbare Resultate zu zeigen. Die Hauptbedingung dafür, daß die Kontrollkommissionen und die Arbeiter- und Bauerninspektion an der Verbesserung und Säuberung des Staatsapparates mit Erfolg arbeiten können, ist die Mitwirkung der ganzen Partei und ihrer Organisationen und die Mitheranziehung der arbeitenden Massen zu dieser Arbeit. Eine viel engere Verbindung der Kontrollkommissionen mit den entsprechenden Parteikomitees und ein mehr aktiver Tätigkeitsbericht der Kontrollkommissionen und der Arbeiter- und Bauerninspektion vor der öffentlichen Meinung der Partei und der werktätigen Massen ist notwendig.

b) Die Erfahrung der letzten Monate bewies, daß außer der zentralen Kontrollkommission auch die Kontrollkommissionen der Provinz, die Gouvernements- und Provinzialkontrollkommissionen sich mit den Fragen des Staatsapparates beschäftigen müssen, daß also die Frage der Erweiterung der Funktionen der lokalen Kontrollkommissionen auf die Tagesordnung gesetzt werden muß.

c) Die Heranziehung der Werktätigen zum Studium und zur Arbeit an der Verbesserung des Staatsapparates kann in der Form von entsprechenden, zur Mitarbeit berufenen Zellen in den Betrieben und Staatsbehörden geschehen. Die Bildung dieser Zellen obliegt der Kontrollkommission und der Arbeiter- und Bauerninspektion, mit Hinzuziehung der Gewerkschaften. Die Parteizellen müssen in den Betrieben in enger Verbindung mit diesen Zellen arbeiten.

d) Eine besonders wichtige Aufgabe der Kontrollkommissionen ist gegenwärtig der Kampf gegen die bureaukratischen Auswüchse des Parteiapparates und der Parteipraxis; sie muß

alle jene Parteifunktionäre zur Verantwortung ziehen, die die Durchführung des Prinzips der Arbeiterdemokratie in der Praxis der Parteiorganisationen hindern (Beeinträchtigung der Freiheit der Aussprache in den Organisationen, die in den Parteistatuten nicht vorgesehene Einschränkung der Wählbarkeit usw.).

e) Besondere Bedeutung unter den heutigen Verhältnissen kommt dem Kampfe der Kontrollkommissionen gegen die sogenannten „Extravaganzen" im Staatsapparat und bei einzelnen führenden Personen zu. Dem demoralisierenden Einfluß der negativen Seiten der neuen Wirtschaftspolitik auf die Mitglieder unserer Partei und besonders auf die einzelnen verantwortlichen Funktionäre muß die ganze Partei in der energischesten Weise entgegentreten.

f) Die Politik der Anwendung schärfster Parteirepressalien (Ausschluß aus der Partei) muß einer Revision unterzogen werden. Gegenüber den Arbeitern aus den Betrieben muß die größtmöglichste Nachsicht geübt werden, und die schärfsten Maßnahmen (Ausschluß aus der Partei) sollen hier nur in den wirklich notwendigen Fällen in Anwendung gebracht werden, das heißt, wenn die anderen Maßnahmen der parteimäßigen Beeinflussung erschöpft worden sind.

Notwendig ist endlich, daß die früher aus der Partei ausgeschlossenen Mitglieder, besonders wenn sie Industriearbeiter sind, eine wirklich kameradschaftliche Behandlung erfahren, wenn sie um ihre Rückaufnahme in die Partei ersuchen und wenn die Hoffnung besteht, daß sie die ihnen durch die Partei auferlegten Pflichten in richtiger Weise erfüllen werden.

6. Parteiorganisation und Wirtschaftsarbeit.

Ein großer Vorzug ist die Tatsache, daß wir in den Reihen unserer Partei über alle Kategorien von Arbeitern (sowohl in den Betrieben, wie unter den verantwortlichsten Führern der Wirtschaft) verfügen. Alle diese Funktionäre müssen und können bei einer richtigen Auffassung ihrer Aufgabe ihre außerordentlich vielseitige wirtschaftliche Erfahrung im Interesse der wirklich parteimäßigen Führung des Wirtschaftslebens nutzbar machen. Den Wirtschaftsfunktionären muß in ihrem Arbeitskreise genügende Unabhängigkeit gewährt werden, und die Partei muß ihnen vollkommene Unterstützung zukommen lassen. Die systematische parteimäßige Führung darf keineswegs zu Haarspaltereien aus zufälligen und nebensächlichen Anlässen ausarten.

Zu diesem Zwecke ist die Annäherung der kommunistischen Zellen an die Produktion erforderlich; Berichte und Informationen seitens der kommunistischen Wirtschaftsfunktionäre müssen regelmäßig erstattet werden; die Berichte müssen ihrem Wesen nach besprochen werden; notwendig ist die Veranstaltung systematischer gemeinsamer Konferenzen der Vertreter der Parteizellen von Unternehmungen, die eine größere wirtschaftliche Einheit (zum Beispiel Trust) bilden, und die Abhaltung wirtschaftlicher Parteikonferenzen; die Vertreter der Parteizellen müssen über diese Konferenzen in ihren Parteizellen Bericht erstatten. Es ist eine systematischere Berichterstattung über die Erfahrungen der unteren Parteizellen erforderlich.

7. Die Arbeit unter den Massen und die Heranziehung zur praktischen Aufbauarbeit.

Die Heranziehung der Massen zur praktischen Aufbauarbeit muß gerade im Hinblick auf die Gefahr der Loslösung des Staates von den Massen gesteigert werden. Daher muß die Berichterstattungs- und Informationspflicht der verantwortlichen Wirtschaftsfunktionäre auch gegenüber den Massen durchgeführt werden (Delegierten- und öffentliche Arbeiterversammlungen, Betriebskomitees, Konferenzen parteiloser Arbeiter und Bauern usw.).

Besondere Aufmerksamkeit muß auch der Annäherung der Gewerkschaften zur Produktion zugewendet werden. Notwendig ist die Stärkung des Einflusses der Gewerkschaften auf die Auswahl und Heranziehung neuer Leute für wirtschaftliche Posten, auf die Kontrolle der Tätigkeit der Wirtschaftsorgane (besonders große Bedeutung hat auch die Kontrolle über die rechtzeitige Auszahlung und über die regelrechte Form des Arbeitslohnes usw.). Die Gewerkschaften müssen Industriekonferenzen nach Wirtschaftseinheiten (Trust) mit Beteiligung der Vertreter der Betriebskomitees und der Führer der Unternehmungen einberufen. Die Gewerkschaften müssen über ihre Arbeit in der Gewerkschaftspresse berichten. Die Gewerkschaftspresse muß verbessert und ausgebaut werden.

Die Institution der Arbeiterkorrespondenten muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ausgebaut werden, es ist dabei jede Instanzenmäßigkeit und Bureaukratisierung zu vermeiden. Der periodischen Presse der Partei und den Räteorganen muß die Verpflichtung auferlegt werden, die seitens der Massen erhobenen Forderungen und Vorschläge mit dem größmöglichsten Feingefühl und Verständnis zu behandeln.

Bei den Sowjetwahlen muß mit der größten Sorgfalt die Heranziehung neuer Leute beachtet werden; außer den Parteigenossen sollen auch tatkräftige parteilose Arbeiter gewählt und zur aktiven Arbeit (in den einzelnen Sektionen der städtischen Sowjets, bei der Beratung der Sektionen und Exekutivkomitees mit Delegationen der Arbeiter und Bauern, in den Zellen für Mitarbeit an der Arbeiter- und Bauerninspektion usw.) herangezogen werden.

Die Praxis der breiten parteilosen Konferenzen muß eine Erweiterung erfahren; die Entwicklung der verschiedenen freiwilligen, selbsttätigen Kultur-, Aufklärungs-, Sport- usw.-Vereinigungen, besonders solcher Vereinigungen, die mit dem Familien- und gesellschaftlichen Alltagsleben der Arbeitermassen in unmittelbarer Verbindung stehen (Gemeinschaftsküchen usw.) ist zu fördern.

Unerläßlich ist die Erweiterung der Praxis der Einberufung von öffentlichen Versammlungen durch die Parteizellen und an Hand dieser öffentlichen Versammlungen die Auswahl eines Kaders aktiver parteiloser Hilfskräfte für unsere Partei.

Die Beschlüsse des 11. Parteitages der Kommunistischen Partei Polens.

** Vor einiger Zeit fand illegal der 11. Parteitag der KPP. statt. Am Parteitage beteiligten sich 49 stimmberechtigte Delegierte, und zwar die Vertreter folgender Bezirke: Warschau (8), Lodz (6), Dombrower Kohlenbecken (7), Oberschlesien (3), Radom-Kieltze (2), Woclawek (1), Ciechanow (1), Siedltze (1), Teschener Schlesien (1), Brest-Litowsk (2), Litauisch-Weißrussische Bezirke (3), Kommunistische Partei Ostgaliziens (4) und 9 Mitglieder des Zentralkommitees. Die Bezirksvertreter von Plotzk, Krakau und Posen konnten zum Parteitag nicht erscheinen. Außerdem beteiligten sich an dem Parteitage eine gewisse Anzahl Delegierter mit beratender Stimme. Ferner wohnten noch die Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und die Vertreter der Kommunistischen Partei Deutschlands, Frankreichs, der Tschechoslowakei und Finnlands dem Parteitage bei.

Die Tagesordnung des Parteitages bestand aus folgenden Punkten: 1. Politischer und organisatorischer Bericht des Zentralkommitees. 2. Fünf Jahre der Kommunistischen Internationale. 3. Fünf Jahre der KPP. 4. Die politische Lage und die Parteitaktik. 5. Die Organisationsfragen der Partei. 6. Die Agrarfrage. 7. Die nationale Frage. 8. Die Gewerkschaften. 9. Die Arbeit unter der Jugend. 10. Die Arbeit unter den Frauen. 11. Wahlen des Zentralkommitees.

Der 11. Parteitag der KPP. war ein Ergebnis von gewaltiger Bedeutung für die weitere Tätigkeit der Partei. Er unterzog sämtliche Probleme der polnischen Revolution einer gründlichen Untersuchung, setzte die taktische Linie fest auf Grund genauer Kenntnis der Lage in Polen, in der ganzen Welt, und auf Grund der Erfahrungen sowohl der KPP. selber, wie auch der gesamten Kommunistischen Internationale. Er zeigte den Weg zur Ausnützung der gewaltigen Vorräte an revolutionärer Energie, die in der Arbeiterklasse Polens vorhanden sind, gab Losungen, die aus den Massen der landarmen und landlosen Bauernschaft einen Bundesgenossen der proletarischen Revolution machen sollen, sowie Losungen, die bestimmt sind, große Scharen der arbeitenden Intellektuellen in die Revolution hineinzuziehen. Er unterstützte vorbehaltlos die Freiheitsbestrebungen der Volksmassen derjenigen Nationalitäten, die von dem Polen der

Bourgeoisie und der Agrarier unterjocht werden. Er paßte die organisatorischen Richtlinien der Partei den gewaltigen Aufgaben an, die ihrer harren.

Der 11. Parteitag der KPP. tagte am Vorabend großer geschichtlicher Ereignisse, in einer Zeit, wo der Feuerschein der proletarischen Revolution über Deutschland und ganz Mitteleuropa den Himmel zu färben begann.

Schon vor dem 11. Parteitage war die Kommunistische Partei Polens in allen wichtigeren Zentren Polens der Führer und Leiter der arbeitenden Massen in ihrem Kampfe. Der 11. Parteitag konsolidierte, stärkte und vervielfältigte die Kräfte und die Schwungkraft der Partei und erhob sie auf ein höheres Niveau.

Dies werden die Arbeiterklasse, ihre Bundesgenossen, aber auch ihre Feinde in den allernächsten Wochen und Monaten zu fühlen bekommen.

Die Diskussion über sämtliche Punkte der Tagesordnung war sehr lebhaft, es beteiligten sich an ihr fast sämtliche Kongreßteilnehmer. Die Beschlüsse und Resolutionen, die auf Grund der Ergebnisse der Diskussion von den Parteitagsausschüssen ausgearbeitet wurden, wurden dann dem Plenum des Parteitages vorgelegt und entweder einstimmig oder gegen eine unbedeutende Minderheit angenommen. Die Resolution über **„Die politische Lage und die Parteitaktik"**, die von großer internationaler Bedeutung ist, geben wir nachstehend auszugsweise wieder.

Resolution über: „Die politische Lage und die Parteitaktik".

I.

Der Kampf um die Macht zwischen dem kapitalistischen Lager, an dessen Spitze der nationaldemokratische Generalstab steht, und dem Pilsudski-Block, in dem rings um den Kern der demokratischen Ideologen des Kleinbürgertums sich Bauern, ein Teil der Arbeiterklasse und der arbeitenden Intelligenz sowie verschiedene Gruppen des Bürgertums und des Gutsbesitzes scharen, endete im Mai dieses Jahres mit dem entscheidenden Siege des ersteren Lagers und mit der Bildung einer Regierung, die von der Bourgeoisie als ihre eigene betrachtet wird. Der Block Chjena-Piast, geschaffen unter der Losung der „polnischen Majorität," bringt das Bündnis des Großkapitals, des Großgrundbesitzes und des reichen Bauerntums zum Ausdruck; seine Front wendet sich gegen die Arbeiterklasse, gegen die Bauernmassen, gegen die arbeitende Intelligenz und gegen die nationalen Minderheiten.

Pilsudski und sein Lager, die sich als die Vertreter des demokratischen und völkerbefreienden Polens betrachten, erlitten einen völligen Bankrott. Das föderalistische Programm, in der Theorie verkündet, wurde durch die Art seiner praktischen Durchführung unter Pilsudski begraben. Statt den Völkern Freiheit zu bringen, brachte Polen in die annektierten Gebiete nationale Unterdrückung, Strafexpeditionen und Raub des Bauernlandes. Die feierlich vom Sejm angenommene demokratische Verfassung verwandelte sich in einen Fetzen Papier. Zur tatsächlichen, von sämtlichen Regierungen der Sejm-Linken angewandten Verfassung wurde der zaristische, österreichische und deutsche Kodex. Der letzte Zeitabschnitt des Regimes der Sejm-Linken, das Kabinett des Generals Sikorski, zeigte die völlige Unfähigkeit der radikalen Bauernpartei und der kleinbürgerlichen Arbeiterparteien zum Kampf gegen die extreme Reaktion. General Sikorski, der Führer des rein bürgerlichen Flügels des demokratischen Lagers, war bemüht, eine gemeinsame Front mit den Rechten zum Kampfe gegen den Kommunismus zu schaffen. Der nationalistischen Hetze der Nationaldemokraten gegen die nationalen Minderheiten wagte der Block der Linken nicht entgegenzutreten, ja er versuchte noch, die Nationaldemokraten im Nationalismus zu übertrumpfen, wodurch er die Unterstützung dieser Minderheiten verlor. Die „Befreiungs"-Partei und die PPS. wagten nicht, an die Klasseninteressen der Arbeiter- und Bauernmassen zu appellieren, um diese gegen die bürgerlich-faschistische Offensive zu mobilisieren, denn sie befürchteten die Entfesselung von Kämpfen, die sich zu einer revolutionären Massenbewegung entwickeln könnten. Nach der Machtergreifung durch Chjena-Piast vermochten die kleinbürgerlichen Parteien in ihrer Opposition nicht über parlamentarische Deklarationen hinauszugehen, so daß die Bourgeoisie die Möglichkeit erhielt, die Durchführung ihres ökonomischen und politischen Programms auf der ganzen Linie in Angriff zu nehmen.

Außer der Begrabung der Agrarreform — dieses Eckpfeilers des Bundes zwischen der Bourgeoisie und dem reichen Bauerntum — war es der Plan der Sanierung der Staatsfinanzen, der den Hauptpunkt ihres Programms ausmachte und sofort den ganzen reaktionären Klasseninhalt dieses Programmes an den Tag brachte. Denn dieser Plan ging darauf hinaus, der arbeitenden Bevölkerung gewaltige Lasten aufzuerlegen, die staatlichen Unternehmen und Güter in die Hände des Privatkapitals zu übergeben, die Ausgaben für Volksaufklärung, für die kulturellen und gesundheitlichen Bedürfnisse der breitesten Volksschichten möglichst zu verringern, um dafür einen gewaltigen militärischen und polizeilichen Apparat aufrecht erhalten zu können, der die Vorherrschaft der Grundbesitzer und Kapitalisten über die polnische Bevölkerung und über die unterjochten Nationen garantierte. Auf dem Gebiete der Politik bedeutet die Losung: „polnische Führung im polnischen Lande", unterstützt durch die Bildung faschistischer Kampfverbände und durch die Lobhudeleien auf Mussolini nichts anderes, als das Hinarbeiten auf eine Verfassungsänderung zum Zwecke der politischen Entrechtung der nationalen Minderheiten und des arbeitenden Volkes, der Errichtung einer nackten Diktatur des Kapitals in Polen.

Jedoch die wenigen Monate der Regierung des Kabinetts genügten, um die Unausführbarkeit dieses finanz-ökonomischen Programms klar zu zeigen. Der finanzielle Sanierungsplan scheiterte: 1. erwiesen sich die besitzenden Klassen als unfähig, sogar diejenigen materiellen Opfer zu bringen, die der erste Schöpfer dieses Planes, der Minister Grabski, von ihnen forderte; 2. vermochten sie nicht auf dem Wege der gewöhnlichen Steuern aus den arbeitenden Massen die notwendigen Mittel herauszupressen, um ihren Staatsapparat zu erhalten, und sie suchten dies durch das Raubsystem des Notendruckes zu erreichen, wodurch sie jedoch auf die Dauer ihre eigene Wirtschaft desorganisierten. Statt der vorgesehenen Einschränkung der Notenausgabe trat eine außerordentliche Beschleunigung ihres Tempos ein, die von einem schnellen Sturze der Polenmark, von einer immer stärkeren Preiswelle und, was damit verbunden ist, vom Zusammenschrumpfen der realen Steuereinnahmen begleitet wurde, was immer wieder neue Emissionen erforderte.

Solche Vertreter der Bourgeoisie, wie Rose, der Redakteur der „Wirtschaftlichen Revue", erklären selbst, daß der Staat sich ohne eine Herabsetzung der militärischen Ausgaben aus eigenen Kräften nicht zu erhalten vermag; andererseits jedoch wissen sie, daß Polen als kapitalistisch-imperialistischer Staat, der fremde Nationen, Millionen von Arbeitern und polnischen Bauern versklavt, ohne einen gewaltigen Apparat der Militär- und Polizeimacht nicht in seinen gegenwärtigen Grenzen erhalten werden kann.

Daher sieht die Regierung nach dem Scheitern ihrer ersten finanziellen Sanierungsversuche die einzige Rettung in der Hilfe des ausländischen Kapitals. Sie plant einen weiteren Generalausverkauf der Reichtümer Polens. Im Osten und Süden werden die Waldbestände durch Raubwirtschaft verwüstet und nach dem Auslande exportiert, während der Bauer kein Bauholz bekommt. Nach der Auslieferung der Naphthafelder an das französische Kapital sucht der Staat auch die oberschlesischen Gruben und Hütten den ausländischen Finanzmagnaten zu verpachten und ist bereit, um eine amerikanische Anleihe von Morgan zu erhalten, dem amerikanischen Milliardär als Pfand das Tabakmonopol und die Zolleinnahmen zu überlassen und seine Finanzen und sogar seine Politik vollkommen und unmittelbar unter die Kontrolle des ausländischen Kapitals zu stellen. Sollten diese Pläne verwirklicht werden, so wird Polen ein zweites Österreich, das heißt, es wird im vollen Sinne des Wortes zu einer Kolonie der ausländischen Banken, in der die Regierung und der Sejm die Vollzieher der Befehle Morgans sein werden.

Aus der heutigen Lage, in der die Bevölkerung durch den fortgesetzten Notendruck ausgeplündert wird, die Preiswelle den realen Wert sämtlicher Arbeitslöhne auf ihre Hälfte herabdrückt, kleinbürgerliche Schichten proletarisiert werden, Hunderte von Menschen vor Hunger Selbstmord begehen und tausende heimatlos umherirren — aus dieser Lage weiß die Bourgeoisie nur einen einzigen Ausweg: die Verwandlung Polens in eine Kolonie des ausländischen Kapitals. Das bedeutet für die arbeitenden Massen eine Stabilisierung der Löhne auf dem Hungerniveau, die Aufhebung des achtstündigen Arbeitstages, das Streikverbot und die Begrabung der sozialen Versicherung, das Ende der industriellen Scheinkonjunktur und die Arbeitslosigkeit, außerordentliche Steuerlasten und die schrankenlose Willkür der Kapitalrechte. Der ausländische Kapitalist wird neben dem Gutsbesitzer zum tatsächlichen Herrn des bürgerlichen Polens werden und seine Repräsentanten werden sein: der Faschist, der Pfaffe, der Offizier, der Spitzel und der Gendarm.

II.

Die bisherige fünfjährige Tätigkeit der Regierung und der Bourgeoisie hat also dazu geführt, daß Polen nun ökonomisch vor der Gefahr steht, eine Kolonie des ausländischen Kapitals zu werden.

Politisch steht Polen an einem wichtigen geschichtlichen Scheidewege, wo sich sein Schicksal als unabhängiger Staat entscheiden wird. Nachdem es seine staatliche Unabhängigkeit wiedererlangt hatte, stützte Polen sein Bestehen auf dieselben Grundsätze der Annexionspolitik und der nationalen Bedrückung, deren Opfer es im Laufe von mehr als hundert Jahren war.

Die offizielle Anerkennung der polnischen Grenzen seitens der imperialistischen Großmächte, die gegen den Willen der von Polen unterjochten Nationen und entgegen dem Grundsatze des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen gegeben wurde, sanktionierte die bisherige Methode des polnischen Nationalismus, spornte die Regierung und die Verwaltung der Randgebiete zu einer noch schamloseren Mißachtung der Rechte und des Willens dieser Nationen an und verlieh der polnischen nationalen Ausrottungspolitik eine noch größere Schwungkraft. So wie sich Deutschland nach dem Kriege 1870/71 zu einem militärischen Staate entwickeln mußte, um sich nach zwei Seiten hin, gegen Rußland und Frankreich, zu sichern, so muß auch das bürgerliche Polen, in ständiger Angst um die geraubten Gebiete, zwischen Rußland und Deutschland immer mehr rüsten: es muß die militärische Reaktion pflegen und nach dem Vorbilde der Hohenzollernschen Monarchie ein militaristischer Staat werden, der sich ständig auf einen Krieg nach zwei Fronten vorbereitet. Diese Politik der Rüstungen und der ständigen Kriegsgefahr, die heute sowohl Polen wie auch das gesamte Nachkriegseuropa bedrückt, wird so lange anhalten, bis das polnische und europäische Proletariat durch seine Revolution den Rivalitäten und den kapitalistischen Gegensätzen ein Ende bereitet und das Fundament für ein freies und unabhängiges Dasein Polens im Bunde der Sozialistischen Republiken Europas legen wird.

Dieser entscheidende Augenblick naht. In Deutschland ertönt das erste Grollen der proletarischen Revolution. Der französische Ruhreinbruch und die Politik der deutschen Bourgeoisie, die einerseits die ganze Last der Okkupation auf die Schultern der Volksmassen abwälzt und anderseits die Kapitulation und die Auslieferung des ganzen Volkes in die Sklaverei vorbereitet, brachten Deutschland in eine derartige Zersetzung, brachten die Arbeiter und das Kleinbürgertum in eine derartige Verzweiflung, daß ständig wachsende Massen sich zum Kampfe gegen die Bourgeoisie erheben und ihre einzige Rettung im Sturze der Kapitalherrschaft erblicken.

Die deutsche Revolution reift. Sie wird jedoch von gewaltigen äußeren und inneren Gefahren bedroht. Es ist wohl möglich, daß Polen gemeinsam mit Frankreich das revolutionäre Deutschland überfallen wird. Das Proletariat der Räterepubliken wird dem Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Arbeiterrevolution nicht passiv zusehen können und wird die Pflicht haben, seine kämpfenden Brüder zu unterstützen.

Im Falle einer konterrevolutionären Intervention muß ein revolutionärer Krieg ausbrechen, ein Krieg auf Leben und Tod, in dem der Bund der Räterepubliken seine ganze Macht auf die Wagschale werfen muß. Denn sein Kampf für den Sieg der deutschen Revolution wird gleichzeitig ein Kampf sein für seine eigene Existenz und für die Zukunft des internationalen Proletariats.

Das Polen der Bourgeoisie und der Junker, das seine Existenz auf die Unterdrückung der Weißrussen, der Ukrainer, der Deutschen und anderen nationalen Minderheiten stützt und dadurch zum Horte des militarismus und der Reaktion wurde, hat gleichzeitig sein Dasein mit dem Schicksal der Konterrevolution verknüpft. Jeder konterrevolutionäre Sieg, die Erdrückung der deutschen und russischen Revolution bedeutet die Überschwemmung Europas mit Arbeiterblut, Wiederaufrichtung des Zarismus Nikolai Nikolajewitsch' und des Deutschland der Junker. Das bürgerliche Regime in Polen bedeutet eine tödliche Gefahr für die Unabhängigkeit Polens. Eine dauernde staatliche Unabhängigkeit kann dem polnischen Volke nur durch den Sieg der polnischen Revolution gesichert werden.

In diesem historischen Augenblick muß das revolutionäre polnische Proletariat auf die Arena der geschichtlichen Ereignisse treten, nicht nur als Verfechter seiner eigenen Klasseninteressen, sondern auch als Führer und Vorkämpfer der Interessen der gesamten Nation. Das revolutionäre Proletariat Polens muß das Los des bedrohten Polen in seine Hände nehmen und die Vorherrschaft der Grundbesitzer und Kapitalisten stürzen. Es kann dies jedoch nur dann erreichen, wenn es verstehen wird, sich mit den polnischen Bauern, die um ihr Land kämpfen, und mit den weißrussischen und ukrainischen Bauern, die für die Befreiung aus dem Joche der polnischen Herren und für die Vereinigung mit der arbeitenden Bevölkerung der Räte-Ukraine und des Räte-Weißrußland kämpfen, auf Leben und Tod zu verbünden, wenn es ein brüderliches Bündnis mit den von der polnischen Bourgeoisie unterjochten Nationen eingehen, wenn es sich an die Spitze ihres Kampfes um das Land und um die nationale Befreiung stellen wird, um die Macht den Händen der Kapitalisten und der Junker zu entreißen, um das Polen der Arbeiter und Bauern zu erkämpfen und um seine Freiheit und Unabhängigkeit auf dem brüderlichen Bündnis mit sämtlichen angrenzenden freien Nationen zu stützen.

III.

Die beispiellose Schinderei und Bedrückung der arbeitenden Schichten in Polen seitens der bürgerlichen Regierung, die zur völligen Versklavung Polens durch das fremde Kapital führt, die Begrabung der Agrarreform, die nach vier Jahren betrügerischer Versprechungen den Millionenmassen der Bauernschaft die Hoffnung nimmt, den Grund und Boden auf friedlichem Wege zu erlangen, die Vergewaltigung und Plünderung der unterjochten Nationen nach den bewährten Mustern des zaristischen und des Bismarckschen Systems — dies sind die drei mächtigen Vulkane, die in Polen einen Zustand der ständigen Gärung schaffen und die früher oder später in Form der Arbeiter- und Bauernrevolution zum Ausbruch kommen werden.

Der Sieg der Revolution in Polen wird unter diesen Verhältnissen zehnfach leichter.

Jedoch nicht nur die Zukunft und das Schicksal der polnischen Proletarier und Bauern, nicht nur die Erhaltung der polnischen Unabhängigkeit hängt von diesem Siege ab. Davon, ob Polen die deutsche Revolution bekämpfen oder unterstützen wird, hängt in hohem Maße das Schicksal dieser Revolution ab. Der Sieg oder die Niederlage der deutschen Revolution ist eng mit der Stellung und mit der Kraft des polnischen Proletariats verknüpft — diese Revolution ist aber nicht nur eine deutsche Angelegenheit. Ihr Sieg wird der Sieg der proletarischen Revolution in ganz Europa und ein schnelles Vordringen der europäischen wirtschaftlichen Gemeinschaft zum Sozialismus bedeuten. Ihre Niederlage würde ein Zurückwerfen der Arbeiterklasse in Europa auf viele Jahre hin, würde die Befestigung der Vorherrschaft der schlimmsten kapitalistischen und militaristischen Reaktion in Europa bedeuten.

Von der Arbeiterklasse Polens, die auf einmal durch geschichtliche Fügung in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der ganzen proletarischen Welt rückt, kann unter Umständen das Schicksal des europäischen Proletariats abhängen. Nicht nur die Ehre des polnischen Proletariats, das im Laufe vieler Jahre der zaristischen Gewaltherrschaft immer in der ersten Reihe der kämpfenden revolutionären Armee schritt, sondern auch das unmittelbarste und wesentlichste Eigeninteresse jedes Arbeiters, jedes Bauers und des gesamten Polen erfordert, daß es in diesem geschichtlichen Augenblicke seine sämtlichen Kräfte in die Wagschale wirft, zum Siege der Revolution in Polen und zur Abwehr der Anschläge der polnischen Bourgeoisie auf die deutsche Revolution.

IV.

Der Generalangriff auf die Festung des Kapitals an der gesamten Front kann sich ergeben nur aus Hunderten von Teilkämpfen und Teilaktionen auf sämtlichen Abschnitten des Klassenkampfes, aus dem Kampfe immer neuer und immer breiterer Arbeiter- und Bauernmassen gegen jede Einzelerscheinung der Kapitalisten- und Junkeroffensive und der nationalen Unterdrückung.

Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei, unaufhörlich und systematisch, unter Anknüpfung an die Tagesinteressen und Erfahrungen der Massen, diese Kämpfe zu organisieren.

Die erste Voraussetzung des Sieges besteht darin, die Arbeitermassen den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Einflüssen zu entreißen und sie im Prozesse des Kampfes in einem proletarischen Lager zu sammeln.

Diesem Ziele dient vor allem der Kampf um die proletarische Einheitsfront.

Noch nie hatten die Arbeiter die Einheitsfront so dringend nötig, wie gerade heute. Je mehr die Reaktion sich konsolidiert und organisiert, je frecher die Faschisten auftreten, je größer die Gefahr, daß die polnischen Volksmassen in den Wirbel des Völkermordens im Dienste der Konterrevolution geworfen werden könnten, umsomehr wird die Kampfeinheit zur einzigen Rettung und zum einzigen Schutz des Proletariats.

Nachdrücklicher als je muß die Partei zur Schaffung dieser Einheit aufrufen. Die Losung der Einheitsfront darf keinen Augenblick von der Tagesordnung des Parteilebens, des Lebens in den Betrieben und in sämtlichen proletarischen Zentren verschwinden. Die Partei muß den Massen den organisatorischen Weg zur Verwirklichung dieser Losung weisen durch die Bildung der allgemeinen Arbeiterausschüsse, die sämtliche Arbeiteraktionen gegen die Offensive des Kapitals und des Faschismus führen müssen.

Die kapitalistische Offensive geht in der ganzen Welt zum Generalangriff auf die wichtigsten proletarischen Errungenschaften der Nachkriegszeit über und versucht, den Achtstundentag abzuschaffen. Um diese Errungenschaft zu verteidigen, muß das Proletariat alle seine Kräfte einsetzen.

Jedoch ist der Achtstundentag nur ein leeres Wort, solange der Arbeiter den Hungerlohn bekommt, der ihn dazu zwingt, Rettung in freiwilliger Überstundenarbeit zu suchen. Angesichts des ständigen Sinkens des Geldwertes, der die auch so schon niedrigen Arbeitslöhne in Bettlerlöhne verwandelt, wird die Verteidigung des Reallohnes zum wichtigsten und gemeinverständlichsten Postulat der Arbeiterklasse. Es muß ein System der Berechnung und Auszahlung der Löhne gefordert werden, das den Arbeiter vor den Verlusten durch die Geldentwertung schützt, also erstens eine wöchentliche Lohnfestsetzung, die die Steigerung der Teuerung berücksichtigt, und dann die Erhöhung der Lohnsätze wenigstens bis zum Vorkriegsniveau.

Zum Schutze vor dem Lebensmittelwucher und vor der Teuerung muß gefordert werden, daß ein Kontingent an landwirtschaftlichen Produkten vom Großgrundbesitz erhoben und zum Selbstkostenpreise den Städten und Abeitergenossenschaften unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen übergeben werde.

Zum Schutze der Opfer der kapitalistischen Wirtschaft und des Krieges müssen die Arbeiter vom Staate die ausreichende Versicherung der Arbeitslosen, der Kriegsbeschädigten und der Arbeitsunfähigen fordern.

Im Kampfe gegen den Wohnungswucher, der den Arbeiter obdachlos macht und ihn in feuchte Kellerräume und Dachstuben vertreibt, muß die Aufrechterhaltung des Mieterschutzgesetzes, die Sicherung der Arbeiterwohnungen durch den Staat und die Gemeinden, sowohl durch den Bau neuer Häuser wie auch durch die Ausquartierung der Schieber und Parasiten und die Beschlagnahme eines Teiles der bürgerlichen Wohnungen gefordert werden. Zum Kampfe gegen die Offensive des Großgrundbesitzes müssen wir das Koalitions- und Streikrecht der Landarbeiter verteidigen, müssen wir um die Einführung des Achtstundentages, um die Ausdehnung der Arbeiterversicherung auch auf die Landarbeiter, um die Anerkennung der Gutsbetriebsräte und um Aufhebung der Zwangsräumungen kämpfen.

Jedoch kann der Kampf der Arbeiter nicht erfolgreich sein, solange den Arbeitern ihre Waffe — die uneingeschränkte Streik-, Wort-, Vereins-, Presse-, Versammlungsfreiheit — aus der Hand gerissen wird und solange Hunderte von proletarischen Kämpfern in Kerkern schmachten.

Die gesamte Arbeiterklasse muß für diese elementarsten demokratischen Rechte, für die Aufhebung der politischen Strafparagraphen aus des Zaren und des Kaisers Zeiten, für die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen kämpfen.

Die Arbeiterklasse darf es nicht zulassen, daß die sogenannte Sanierung der Finanzen auf Kosten der arbeitenden Massen, auf Kosten der Versklavung Polens geschieht. Um dem Abwälzen der ganzen Last der Staatsausgaben auf die Schultern der Volksmassen ein Ende zu machen, muß der Staat einen bedeutenden Teil der kapitalistischen Vermögen beschlagnahmen, muß er die Lohn- und Gehaltssteuern aufheben.

Dies kann auf dem Wege der Einführung der proletarischen Produktionskontrolle durch Betriebsräte durchgeführt werden, die das Zurückhalten der Waren seitens der Kapitalisten, die Betriebsstillegungen und Arbeiteraussperrungen verhindern müssen.

Es muß eine breite Agitation gegen die Spaltung der Gewerkschaften, gegen die Ausschlüsse einzelner Mitglieder wegen ihrer abweichenden politischen Gesinnung geführt werden; es muß für die Arbeiterdemokratie in den Gewerkschaften gekämpft werden, das heißt gegen die Ernennungen von gewerkschaftlichen Kongreßteilnehmern und für direkte Wahlen zu Kongressen und Konferenzen.

Im Kampfe gegen den Faschismus genügen Proteste und Demonstrationen nicht. Man muß agitieren für die Bildung von proletarischen Hundertschaften ohne Unterschied der Partei in allen Arbeiterzentren und in den Gewerkschaften, zwecks Selbstverteidigung vor faschistischen Banden.

Die Schaffung dieser Hundertschaften muß überall dort in Angriff genommen werden, wo die Massen durch eigene Erfahrung zum Bewußtsein ihrer Notwendigkeit gelangen, oder aber im Augenblicke großer Massenbewegungen der Arbeiterklasse.

V.

In seinem Kampfe gegen die Bourgeoisie um die Macht, das heißt um die Führung der Nation, kann das Proletariat nicht siegen, wenn es nicht sämtliche Schichten, die zwar von der Bourgeoisie ausgebeutet werden, jedoch bis jetzt noch unter ihrem Kommando und ihrem geistigen Einflusse stehen, mit sich reißt. Der Kampf um die Macht zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie ist in Polen ein Kampf darum, welche dieser beiden Klassen die Bauernschaft und die Massen der arbeitenden Intelligenz hinter sich haben wird.

Verlag, Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter: Richard Neumann, Wien, VIII., Langegasse 26.
Druck: „Elbemühl", Wien, IX., Berggasse 31.